

Bundeskanzlerin im Bundeskanzleramt
Frau Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Telefon 030/2400899-0
Telefax 030/2400899-30

Berlin, 04.06.2012

Anhebung des Reha-Budgets der Deutschen Rentenversicherung zur Unterstützung der Demografiestrategie der Bundesregierung

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

am 25. April 2012 wurde vom Bundesministerium des Inneren unter dem Titel „Jedes Alter zählt“ die Demografiestrategie der Bundesregierung veröffentlicht. Die Arbeitsgemeinschaft Medizinische Rehabilitation SGB IX, in der die maßgeblichen Spitzenverbände der Einrichtungen der medizinischen Rehabilitation zusammengeschlossen sind, begrüßt dieses Konzept und die vorgeschlagenen Maßnahmen, denn der zunehmende Fachkräftemangel und der Anstieg des Altersdurchschnitts in der Bevölkerung stellen große Herausforderungen dar, mit denen auch erhebliche Auswirkungen auf den Stellenwert der medizinischen Rehabilitation in unserer Gesellschaft verbunden sind.

Die Leistungen der medizinischen Rehabilitation sind ein hervorragendes Instrument zur Sicherung der Erwerbsfähigkeit von Menschen, die von chronischen Erkrankungen betroffen sind, sowie zur Re-Integration dieser Menschen ins Arbeitsleben. Die besondere Bedeutung der medizinischen Rehabilitation für die erfolgreiche Umsetzung der Demografiestrategie der Bundesregierung wird im Zusammenhang mit den darin benannten Handlungsfeldern deutlich. Im Handlungsfeld B „Motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten“ werden die Gesunderhaltung am Arbeitsplatz und Gestaltung der Rahmenbedingungen für eine längere Lebensarbeitszeit als wesentliche Ziele genannt. Die medizinische Rehabilitation hat in den vergangenen Jahrzehnten nachgewiesen, dass sie mit ihren zielgerichteten und qualitativ hochwertigen Leistungen genau diese notwendige Entwicklung unterstützt.

Damit wird auch die Grundlage geschaffen, das im Handlungsfeld E „Grundlagen für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand sichern“ genannte Ziel der Sicherung der vorhandenen Fachkräftebasis zu erreichen.

Mit der Demografiestrategie der Bundesregierung soll mehr für die Mobilisierung und die Gesunderhaltung von älteren und von Krankheit bedrohten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern getan werden. Dabei spielt gerade die Bedeutung der rehabilitativen Behandlung chronisch kranker Menschen eine zentrale Rolle. Der Reha-Bedarf wird nicht zuletzt durch die Anhebung des Renteneintrittsalters aber auch durch die Veränderung der Bevölkerungsstruktur, die zu einem Anstieg des Durchschnittsalters der Erwerbstätigen führt, in den kommenden Jahren deutlich steigen.

Die Deutsche Rentenversicherung finanziert einen erheblichen Teil der Maßnahmen zur medizinischen Rehabilitation, allerdings können die dafür zur Verfügung stehenden Mittel nicht bedarfsgerecht angepasst werden und wurden 2010 und 2011 bereits vollständig ausgeschöpft. Seit 1997 sind die Ausgaben für Rehabilitationsleistungen der Deutschen Rentenversicherung gesetzlich gedeckelt und werden nur entsprechend der voraussichtlichen Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer angepasst. Faktoren wie der demographische Wandel, zunehmende Morbidität und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit bleiben unberücksichtigt. Die aktuell im Referentenentwurf zum RV-Lebensleistungsgesetz vorgesehene Aufstockung des Reha-Budgets der Rentenversicherung erst ab dem Jahr 2017 um 100 Mio. € entspricht keinesfalls dem steigenden Reha-Bedarf in unserer Gesellschaft.

Gerade im Kontext der Demografiestrategie ist es daher dringend notwendig, ein Zeichen zuverlässiger Sozialpolitik durch die sofortige Anhebung des Reha-Budgets zu setzen. Wenn die Bundesregierung diese Strategie wirkungsvoll und nachhaltig umsetzen will, sollte sie alles tun, um von Krankheit bedrohte Menschen in der Erwerbstätigkeit zu halten und Erwerbsminderungsrenten zu vermeiden. Sie sollte nicht an der Reha, sondern mit der Reha sparen. Vor diesem Hintergrund bedarf es der sofortigen Anhebung des Reha-Deckels der Deutschen Rentenversicherung ab 2013.

Nach Berechnungen der Prognos AG, die in dem anliegenden Kurzdossier zusammengefasst sind, kann die medizinische Rehabilitation dem Mangel an Arbeitskräften deutlich entgegen wirken. Durch mehr Reha bleiben allein im Jahr 2025 rund 200.000 Menschen dem Arbeitsmarkt zusätzlich erhalten. Die Prognos AG berechnet als weitere positive Effekte:

- Den Ausgaben für die medizinische Rehabilitation stehen deutlich höhere Einnahmen der Rentenversicherung gegenüber: Durch Rehabilitation bleiben aktive Beitragszahler erhalten. Prognos geht von reha-bedingten Zusatzeinnahmen in Höhe von 2,17 Mrd. Euro bis zum Jahr 2025 aus.
- Vorzeitige Zahlungen von Erwerbsminderungsrenten werden vermieden: Bis zum Jahr 2025 summiert sich der Betrag auf 1,5 Mrd. Euro.
- Auch der Staat profitiert: Bei einem Durchschnittssteuersatz dieser Gruppe von 25 Prozent belaufen sich die zusätzlichen Steuereinnahmen (nur für 4 Monate) auf 420 Millionen Euro. Wenn 50 Prozent der Rehabilitanden wenigstens ein Jahr nach der Reha noch arbeiten, belaufen sich die zusätzlichen Steuereinnahmen auf rund 1 Mrd. Euro.

Bei unserer Forderung nach einer Anhebung des Reha-Budgets schon ab 2013 besteht im Übrigen Einigkeit mit den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, einer Vielzahl von Politikern unterschiedlicher Parteien sowie der Deutschen Rentenversicherung, die ebenfalls in verschiedenen Stellungnahmen auf die drohenden Konsequenzen des gedckelten Reha-Budgets hingewiesen hat. Mit einer entsprechenden gesetzlichen Änderung im vorliegenden Entwurf zum RV-Lebensleistungsanerkennungsgesetz hätte die Bundesregierung die Möglichkeit, eine unmittelbar und kurzfristig erkennbare Wirkung im Sinne der Zielsetzung der Demografiestrategie zu erreichen.

Für Fragen stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen



Thomas Bublitz
Bundesverband Deutscher
Privatkliniken e.V.



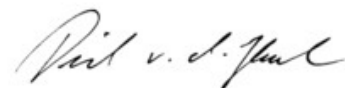
Dr. Andreas Koch
Bundesverband für stationäre
Suchtkrankenhilfe e.V.



Christof Lawall
Deutsche Gesellschaft für
medizinische Rehabilitation e.V.



Dr. Volker Weissinger
Fachverband Sucht e.V.



Dirk van den Heuvel
Bundesverband Geriatrie
e.V.

Anlage

In der Arbeitsgemeinschaft Medizinische Rehabilitation SGB IX (AG MedReha) sind die maßgeblichen Spitzenverbände der Einrichtungen der medizinischen Rehabilitation zusammengeschlossen: Der Bundesverband Deutscher Privatkliniken e.V. (BDPK), der Bundesverband Geriatrie e.V. (BV Geriatrie), der Bundesverband für stationäre Suchtkrankenhilfe e.V. (buss), die Deutsche Gesellschaft für Medizinische Rehabilitation e.V. (DEGEMED) sowie der Fachverband Sucht e.V. (FVS). Die AG MedReha vertritt in Deutschland somit rund 800 Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen mit ca. 80.000 Behandlungsplätzen.